

„Die Corona-Krise wird zur Plastik-Krise“

Zunahme von Einwegmasken und anderen Verpackungen durch Pandemie / Aktionen über soziale Netzwerke

Von BT-Redakteurin
Franziska Kiedaisch

Baden-Baden – Über 2.000 Einwegmasken sind es bisher allein im Februar; mehr als 22.000 wurden seit November gezählt. Die Tendenz ist steigend – und die Dunkelziffer hoch. Der sogenannte „Maskenzähler“ des World Cleanup Day – einer Müll-Sammel-Kampagne – macht das Ausmaß wild entsorgter Einmalmasken in Deutschland online sichtbar. Da nun OP- und FFP2-Masken vermehrt zum Einsatz kommen, wird der Müll im öffentlichen Raum wohl nicht weniger.

Seit dem Frühjahr nimmt Radovan Rabl die Einmalmasken in der Natur wahr. Rabl ist ehrenamtlicher Müllsammler in Klettgau im Landkreis Waldshut und pflegt seine Funde in den „Maskenzähler“ ein. An Straßenrändern, auf Fahrradwegen, besonders häufig aber auf Parkplätzen findet er die ausgesiedelte Schutzrüstung. Dabei unterstellt er nicht grundsätzlich einen bösen Willen: Schnell sei mal eine Maske aus der Tasche gefallen, beispielsweise „wenn man seinen Schlüssel rauskruschelt“, sagt er. Am Straßenrand hingegen sieht er „fast Vorsatz“ – so unwahrscheinlich sei dort ein zufälliges Verlieren einer Maske.

Unter den Hashtags #novembermasken und #wintermasken haben er und andere Engagierte seit November Fotos der gesammelten Masken in den sozialen Netzwerken geteilt. In Form einer Challenge wollen die Beteiligten damit auf den zunehmenden Maskenmüll aufmerksam machen. Die Idee dazu stammt von Birgit Schäd, Initiatorin der City Cleaners Germany und ebenfalls ehrenamtliche Müllsammlerin in Wallenhorst bei Osnabrück.



Wild entsorgte Einwegmasken sind ein Problem: Sie verrotten nicht und können Tieren schaden.

Foto: Roessler/dpa

Aus einer Kooperation zwischen Schäd und der deutschen Projektleitung des World Cleanup Day entstand schließlich auch der „Maskenzähler“ im Internet. Müllsammler „von Bayern bis Schleswig-Holstein“, so Schäd, beteiligten sich derzeit an der Aktion.

Laut Angaben der Meeresschutzorganisation Ocean Asia sind bisher rund 1,56 Milliarden Einmalmasken weltweit in die Meere gelangt. Dort und anderswo tragen sie (Mikro-)Plastik in die Nahrungsketten ein und werden zur Gefahr für Tiere. Als Beispiel nennt Viola Wohlgemuth von Greenpeace die „Verhedderungsproblematik“, der etwa Tölpel oder Fledermäuse zum Opfer fallen können.

Sie warnt: „Die Corona-Krise wird zur Plastik-Krise“. Dass

durch die neuen Regelungen nun vermehrt Einwegmasken zum Einsatz kommen, sieht sie mit Sorge – auch wenn grundsätzlich alle Maßnahmen zu befürworten seien, die zur Eindämmung der Pandemie beitragen. „Es sollte investiert werden in wiederverwendbare FFP2-Masken“, fordert Wohlgemuth. Es könne nicht sein, dass nach einem Jahr Pandemie noch keine Wege gefunden wurden, den zusätzlich entstehenden Plastikmüll zu verringern. Die Plastikindustrie nutze die Pandemie dabei „schamlos“ aus, indem sie das Konzept des Einmalgebrauchs wieder salonfähig mache.

Auch andere Einwegprodukte wie Styroporboxen für das Essen zum Mitnehmen oder Becher für den Coffee-to-go nehmen wegen des Bewir-

ungsverbots derzeit zu. Das nimmt auch Radovan Rabl wahr: „Extrem“ habe der Müll zugenommen, sagt er. Durch die oftmals voluminösen Verpackungen seien die Mülleimer zudem schneller voll – und der Müll lande dann in der Natur.

Auch in Rastatt gibt es mehr Müll als vorher: „Seit Beginn der Pandemie haben wir generell eine Zunahme an wildem Müll zu verzeichnen“, sagt Heike Dießelberg, Sprecherin der Stadt Rastatt. Dabei finden sich die weggeworfenen Einwegmasken vornehmlich in der Innenstadt, in Grünbereichen und an Bushaltestellen. Zwischen 50 und 60 Masken würden etwa pro Tag von den Mitarbeitern der Stadtreinigung beseitigt.

In Baden-Baden sei zwar „eine problematische Häufung

von Maskenmüll nicht zu bemerken“, teilt der Baubetriebshof auf BT-Nachfrage mit, „allerdings stören auch schon vereinzelt herumliegende Masken das öffentliche Bild und schaden der Umwelt“. Im Stadtzentrum sei wegen des erhöhten Personenaufkommens und der dort teilweise geltenden Maskenpflicht „häufiger Maskenmüll vorzufinden, als in den schwächer frequentierten Außenbereichen“, heißt es weiter.

Da Einwegmasken nicht recycelbar sind, dürfen sie nicht über die gelbe Tonne entsorgt werden, sondern nur im Restmüll. Idealerweise sollten vor dem Entsorgen die Bänder der Maske durchtrennt werden, damit sich – sollte die Maske doch einmal davongeweht werden – Tiere nicht darin verheddern können.

Mehr Geld für Klinikum Mittelbaden

Baden-Baden (fk) – Nach dem Finanzausschuss des Rastatter Kreistags hat auch der Baden-Badener Hauptausschuss grünes Licht für eine Erhöhung des Stammkapitals des Klinikums Mittelbadens auf 36,5 Millionen Euro gegeben. Einstimmig genehmigte das Gremium die Umwandlung bereits geleisteter Darlehen. Insgesamt sollen dem Klinikum damit 18,25 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen. Da es sich nur um eine Umwandlung der bisher gewährten Liquiditätskredite handelt, hat die Eigenkapitalstärkung laut der Verwaltungsspitze nur geringfügige Auswirkungen auf die Liquidität des Haushaltes der Stadt Baden-Baden. Der im Januar eingebrachte Nachtragshaushalt für 2021 enthalte bereits annähernd die notwendigen Ansätze für die Eigenkapitalstärkung. Der Anteil der Stadt Baden-Baden an den 18,25 Millionen Euro beträgt 7,3 Millionen Euro, den Rest muss der Landkreis Rastatt als zweiter und größerer Träger des Klinikums berappen. Notwendig wird die Finanzspritze durch die coronabedingt hohen Betriebsverluste des Klinikums 2020, die von der Klinikspitze mit rund elf Millionen Euro taxiert werden.

Güterzug-Waggons entgleist

Karlsruhe (lsw) – Vermutlich wegen eines technischen Defekts ist gestern ein Güterwaggon an einem Bahnübergang in Karlsruhe entgleist. Daraufhin hatten sich drei weitere Waggons verankert, so dass auch diese Fahrzeuge den Kontakt zum Gleis verloren hatten. Nach weiteren Angaben der Polizei wurde bei dem Unfall im Stadtteil Mühlburg niemand verletzt. Die Ermittler gehen davon aus, dass sich bei der Rangierfahrt über den Bahnübergang eine Weiche verstellt hatte. Dies habe dazu geführt, dass mehrere Waggons entgleisen konnten. An der Unfallstelle in der Nähe der Rheinhäfen hatte sich am frühen Morgen ein mehrere Kilometer langer Verkehrsstau gebildet. Der Bahnübergang war zunächst am Morgen gesperrt und wurde wegen schwieriger Bergungs- und Instandsetzungsarbeiten von 11 Uhr an erneut geschlossen werden. Mitarbeiter einer Spezialfirma mussten die Waggons wieder auf das Gleisbett stellen. Der Schaden beträgt nach ersten Schätzungen mindestens 25.000 Euro.

Illegales Straßenrennen?

Stuttgart (lsw) – Unterwegs mit 130 Kilometern pro Stunde – die Polizei ermittelt gegen zwei Autofahrer, die mutmaßlich in Stuttgart zu einem illegalen Rennen gegeneinander angetreten sind. Wie die Beamten gestern mitteilten, fielen die 22 und 24 Jahre alten Männer am Montagabend auf, weil sie mit deutlich überhöhtem Tempo durch den Pragtunnel in Richtung Bad Cannstatt fuhren. Eine Messung habe im Norden der Stadt ergeben, dass die Männer statt der erlaubten 50 mit etwa 130 Kilometern pro Stunde unterwegs waren, heißt es in der Polizeimeldung. Nach einer Kontrolle ermittelt die Verkehrspolizei nun gegen beide Fahrer wegen der „Beteiligung an einem verbotenen Kraftfahrzeugrennen“.

Umweltminister: Klimaziele für Ende 2020 erreicht

Untersteller zieht positive Bilanz / Corona-Pandemie führt allerdings zu Sondereffekt

Stuttgart (lsw) – Baden-Württemberg hat die für Ende 2020 gesteckten Klimaschutzziele der Landesregierung nach Auffassung von Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) erreicht. Hilfreich sei auch der monatelange Lockdown gewesen, der den Flugverkehr deutlich eingeschränkt, Pendlerströme gebremst und Industrieausstöße reduziert habe. Weiterer Grund sei der Effekt des EU-weiten Emissionshandels, der erstmals stark gegriffen habe. Viele Kohlekraftwerke hätten lange Zeit stillgestanden.

2013 hatte die damalige grün-rote Landesregierung in ihrem Klimaschutzgesetz Ziele für die Jahre 2020 und 2050 ausgerufen. Bis 2020 sollte der Treibhausgasausstoß des Landes um 25 Prozent im Vergleich zu 1990 sinken, bis 2050 um 90 Prozent.

Baden-Württemberg habe seine Ziele erreicht, obwohl die Ausgangslage schlechter als im Bund und anderen Bundesländern gewesen sei. „Die Atomkraftwerke im Südwesten sorgten lange für einen überdurchschnittlich hohen Anteil an CO₂-freiem Atomstrom“, sagte Untersteller. „Das bedeutete einen von Anfang an vergleichsweise niedrigen CO₂-Ausstoß pro Kopf.“ Wichtig sei nun gewesen, trotz Abschaltung von Atomreaktoren keinen Anstieg der Treibhausgasemissionen zu



Beim Thema CO₂-Fußabdruck sieht Untersteller Baden-Württemberg auf einem guten Weg – hier eine Demonstration von Fridays for Future in Hannover.

Foto: Dittich/dpa/Archiv

riskieren. Zudem habe die Bevölkerung in der Größenordnung einer Stadt wie Stuttgart zugenommen, die Wirtschaft sei seit zehn Jahren gewachsen. „Diese Faktoren zusammen vergrößern eigentlich den CO₂-Fußabdruck“, sagte Untersteller, der seit 2011 Umweltminister ist und bei der Landtagswahl nun nicht mehr antritt.

Nach Angaben seines Ministeriums wurden die Treibhaus-

gasemissionen 2018 um 2,83 Millionen und 2019 um 4,88 Millionen Tonnen gesenkt. „Ende 2019 war Baden-Württemberg vom 2020er-Ziel noch 4,78 Millionen Tonnen entfernt“, sagte der Minister. Der Emissionshandel und der steigende Anteil der Wind- und Solarenergie am Energiemix hätten ebenso wie der Lockdown dazu geführt, dass Baden-Württemberg seine Ziele noch erreiche. „Konservativ

abgeschätzt kommt das Verkehrsministerium auf eine Minderung um mindestens drei Millionen Tonnen CO₂.“

Den Erfolg dürfe die kommende Landesregierung aber nicht für selbstverständlich nehmen, mahnte der Minister. „Herausforderung wird sein, dafür Sorge zu tragen, dass es nach der Pandemie nicht zu erneuten relevanten Anstiegen kommt.“ Vielmehr müssten die Treibhausgasemissionen weiter

konsequent gesenkt werden.

Der Umweltverband BUND warnte bereits vor einem bösen Erwachen. „Es ist kein Wunder, wenn man in einem Jahr der Pandemie und des Lockdowns die Klimaschutzziele erreicht“, sagte Landesvorsitzende Brigitte Dahlbender. Die Werte hätten sich nicht verbessert, weil Politik oder Wirtschaft in großem Stil abgebaut oder umgestellt hätten. „Vielmehr hat uns das Coronavirus dazu gezwungen.“

Dem schloss sich die SPD an: „Es ist selten ein gutes Zeichen, wenn man sich selbst ein Zeugnis ausstellen muss“, sagte Umweltpexpertin Gabi Rolland. Baden-Württemberg habe weitaus weniger CO₂-Reduktion erreicht als Bund und fast alle anderen Länder. Zudem habe das Land so gut wie keine Windkraftanlage mehr gebaut. Zudem sei es beim Bau großer Photovoltaikanlagen völlig ins Hintertreffen geraten. „Einzig die Corona-Krise mit dem damit verbundenen Wirtschaftseinbruch hat die Erreichung der Zielmarke ermöglicht“, sagte Rolland.

Der FDP-Abgeordnete Daniel Karras kritisierte, Untersteller habe sein Klimaziel trotz Lockdowns nur mit Schützenhilfe des EU-weiten Emissionshandels erreicht. Das zeige, dass die Kompetenzen für die Klimapolitik nicht beim Land lägen, sondern beim Bund und der EU.